

Rede vom 17.12.2015 zum Antrag der Fraktion der Piraten:

Abschiebung in Verfolgung, Hunger, Kälte und Not stoppen – NRW muss die Abschiebung von Flüchtlingen in den Westbalkan über den Winter aussetzen

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer!

Die Maßnahmen im Asylrecht betreffen Menschen mit sehr unterschiedlichen Biografien und sehr unterschiedlichen Lebenswegen. Wir werden mit dem Grundrecht auf Asyl und den Asylgesetzen vielen Menschen helfen können. Zur Wahrheit gehört aber dazu, dass dies nicht für alle gilt. „Asyl- und Flüchtlingspolitik“ heißt auch, unterschiedliche Schicksale unterschiedlich zu behandeln. Bei uns ist dies in Form eines rechtsstaatlichen Verfahrens mit mehrfacher Möglichkeit der Überprüfung absolut gewährleistet.

Genauso gehört es dazu, dass die negativen Entscheidungen in einem staatlichen und rechtskräftigen Verfahren mit der notwendigen Konsequenz umgesetzt werden. In diesem rechtsstaatlichen Verfahren wird in mehreren Stufen immer wieder überprüft, ob ein Schutzrecht vorliegt. Selbst wenn abgelehnt ist, wird noch die Duldung überprüft und gefragt: Was steht einer Rückführung entgegen?

Angesichts der Dynamik der aktuellen Flüchtlingszahlen, die in diesem Jahr zwischen 1 Million und 1,3 Millionen Flüchtlingen zu uns bringt, ist es wichtig, dass diejenigen, die bei uns Schutz suchen, eine vernünftige Unterbringung bekommen. Dazu gehört es aber auch, dass schließlich Recht und Gesetz umgesetzt werden, und dass diejenigen, die einen ablehnenden Bescheid erhalten haben, wieder in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Wenn Sie tagtäglich vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen sowie den Hilfsorganisationen im Gespräch sind, wissen Sie, dass da in der Praxis gesagt wird: Rechtskräftig Abgelehnte nehmen Flüchtlingen in großer Not die wenigen noch verfügbaren Plätze weg.

Das kann nicht sein, und das können wir auch nicht durchgehen lassen.

Sie haben vorhin gesagt, es kämen kaum noch welche zu uns. Wenn Sie in die BAMF-Statistik hineinschauen, sehen Sie: Im Zeitraum Januar bis November dieses Jahres wurden 400.000 Menschen erfasst. Immerhin rund 110.000 Menschen sind aus dem Demokratien des Westbalkans und den sicheren Herkunftsländern zu uns gekommen.

Sie sind ohne eine Bleibeperspektive, weil 99 % dieser Anträge abgelehnt werden. Bei diesen immensen Flüchtlingszahlen und angesichts von Kommunen, die an der Belastungsgrenze mehr als angekommen sind – der Innenminister bekommt täglich neue Überlastungsanzeigen auf den Tisch –, ist es wichtig, dass alle diejenigen, die kein Recht auf Asyl oder Flüchtlingsschutz haben, in die Heimat zurückkehren. Insofern wäre in einer solchen Situation der Winterabschiebeerlass ein verheerendes Zeichen.

Die Bundesregierung hat für diese Menschen auch legale Zuwanderungswege eröffnet, die anstelle des aussichtslosen Weges über das Asylrecht beschritten

werden können. Ich meine: Die derzeitige Lage erfordert ein Herz für alle, die Schutz und Hilfe brauchen, aber auch klaren Verstand bei denjenigen, die keine Aussicht auf Asyl haben. – Dankeschön für Ihre Aufmerksamkeit.